

Johannes Jöhnck
Simon Baumann (Hg.)

Politische Bildung im Förderschwerpunkt geistige Entwicklung

Grundlagen und Praxisbeispiele für Förderschulen und Inklusion



**WOCHEN
SCHAU**
WISSENSCHAFT

© Wochenschau Verlag, Frankfurt/M.

Johannes Jöhnck, Simon Baumann (Hg.)

Politische Bildung im Förderschwerpunkt geistige Entwicklung

Grundlagen und Praxisbeispiele
für Förderschulen und Inklusion



**WOCHEN
SCHAU
WISSENSCHAFT**

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© WOCHENSCHAU Verlag,
Dr. Kurt Debus GmbH
Frankfurt/M. 2022

www.wochenschau-verlag.de

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil dieses Buches darf in irgendeiner Form (Druck, Fotokopie oder einem anderen Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet werden.

Umschlaggestaltung: Ohl Design
Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier
Gesamtherstellung: Wochenschau Verlag
ISBN 978-3-7344-1410-7 (Buch)
E-Book ISBN 978-3-7344-1411-4 (PDF)
DOI <https://doi.org/10.46499/1912>

Inhalt

ERHARD FISCHER

Vorwort	7
---------------	---

JOHANNES JÖHNCK

Einleitung	9
------------------	---

Menschen mit sogenannter geistiger Behinderung im politischen Kontext

SIMON BAUMANN

Menschen mit sogenannter geistiger Behinderung im politischen Raum – Status Quo, Hintergründe, Schlussfolgerungen	17
---	----

MARKUS DEDERICH

Teilhabe und Selbstbestimmung. Politische Implikationen im Kontext geistiger Behinderung	28
--	----

JAN M. STEGKEMPER

„Nächstes Jahr kommt es ja auf mich zu“ – Einblicke in das politische Wissen von Schüler_innen mit dem Förderschwerpunkt geistige Entwicklung	38
---	----

Grundlagen der Didaktik politischer Bildung

SIBYLLE REINHARDT

Einführung in die Didaktik der politischen Bildung	55
--	----

JOHANNES JÖHNCK

Politische Bildung im Förderschwerpunkt geistige Entwicklung – didaktische Grundlagen aus Fachrichtung und Fachdidaktik	75
---	----

JAN EIKE THORWEGER

Schüler:innen mit und ohne Förderbedarf im Bereich geistige Entwicklung im inklusiven Politikunterricht – Konzeptionelle Impulse aus der Unterrichtspraxis	94
--	----

Schul- und Unterrichtspraxis im Förderschwerpunkt geistige Entwicklung

HOLGER SCHÄFER

Schülervertretung und Klassenrat. Mitwirkung und demokratische Teilhabe im Förderschwerpunkt geistige Entwicklung	111
--	-----

SIMON BAUMANN, TOBIAS BERNASCONI

Politisches und demokratisches Lernen von Schüler_innen mit komplexer Behinderung	125
--	-----

LUISA MARIA GOHLKE

Politisches Lernen in der Primarstufe im Förderschwerpunkt geistige Entwicklung – am Beispiel der drei Notfallorganisationen Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienst	142
--	-----

INGO BOSSE, ANNE HAAGE

Keine politische Bildung ohne Medien	152
--	-----

ILONA WESTPHAL, FELIX OLEJNICK

Bildung für nachhaltige Entwicklung im Kontext politischer Bildung – „Was hat die Bundeswehr mit Frieden zu tun?“	160
--	-----

DOROTHEE MEYER, THERESA HELLINGE, SANDRA FISCHER

Politische Bildung für heterogene Lerngruppen – am Beispiel differenzierter Medien zu den UN-Nachhaltigkeitszielen	176
---	-----

KATHARINA STUDTMANN, URTE GLADIGAU

Inklusive politische Bildung im interdisziplinären Projekt „Das geht uns unter die Haut – Mikroplastikfreie Kosmetik herstellen und verkaufen“ .	186
---	-----

TOBIAS BÖTTCHER

„Wir wählen!“ – Planspiele zur politischen Bildung im Förderschwerpunkt geistige Entwicklung	203
---	-----

CHRISTIAN FISCHER

Politisches Lernen im inklusiven Unterricht. Reflexion am Beispiel einer Unterrichtsreihe zum Thema „Antisemitismus“	218
--	-----

SEBASTIAN BARSCH

Inklusives historisch-politisches Lernen am Beispiel „Geteiltes Deutschland“	244
Autor*innenverzeichnis	261

Vorwort

Es ist so lange noch nicht her, dass Menschen mit umfänglichen Lernschwierigkeiten bzw. geistiger Behinderung von Angeboten in sozialen Handlungsfeldern und Bildungskontexten wie Schule, Arbeit und Beruf, Wohnen und Freizeit oder Erwachsenenbildung ausgeschlossen waren und wurden, weil „fürsorgende“ Angehörige und Betreuer wie auch politisch verantwortliche Institutionen ihnen dies nicht zutrauten. Aktuelle Entwicklungen im Kontext von Leitzielen wie Selbstbestimmung, Teilhabe und Inklusion wie auch das mehrdimensionale, biopsycho-soziale Verständnis von Behinderung der ICF haben inzwischen zu einem Umdenken geführt: Menschen mit umfänglichen kognitiven Einschränkungen werden heute als so kompetent eingeschätzt, dass sie am Leben der Gemeinschaft nicht nur mit „dabei sein“ dürfen, sondern hier auch aktiv teilhaben können.

Ein zentraler Ort, an dem dazu die Grundlagen gelegt werden können, ist die Schule – hier gilt es die Voraussetzungen zu schaffen, dass später ein möglichst selbstbestimmtes und sinnvolles Leben erreichbar ist. Dazu gehört auch eine Mitwirkung als politisch interessierter und aktiver Bürger, und als Voraussetzung ein Verständnis für die zum Teil komplexen Prozesse, die in den diversen Handlungsfeldern als Privatperson, Arbeitnehmer oder Wähler auftreten. Auch wenn Möglichkeiten von Mitwirkung in der Schule selbst oder manche politischen Fragen an Schulen mit dem Förderschwerpunkt geistige Entwicklung hier und da angesprochen wurden – im Rahmen einer eher lebenspraktischen Ausrichtung stand eine an fachdidaktischen Grundlagen orientierte politische Bildung nicht im Mittelpunkt. Dies auch, weil entsprechende Grundlagen und Hilfen in Lehrplänen wie auch in heilpädagogischen Lehrbüchern fehlten.

Der vorliegende Sammelband schließt diese Lücke. In den vielen Beiträgen mit ganz unterschiedlichen Zugängen und Expertisen werden nicht nur Grundlagen einer didaktischen Ausrichtung thematisiert, sondern es wird auch der spezifische Personenkreis mit sogenannter geistiger Behinderung eingehend beleuchtet, so mit Blick auf soziale Ausgangslagen und den politischen „Status Quo“. Aber auch Fragen und Erfordernisse einer praktischen Umsetzung werden ausreichend und differenziert aufgegriffen. Sowohl Förderschul- als auch inklusive Settings gelangen dabei in den Blick.

Während andere Veröffentlichungen z.B. einen weiter gefassten Personenkreis mit Beeinträchtigungen oder auch diverse außerschulische Settings adressieren, liegt mit der vorliegenden Publikation erstmals ein Sammelband vor, der sich gezielt den Grundlagen einer auch inklusiv ausgerichteten Didaktik der politischen Bildung im sonderpädagogischen Schwerpunkt geistige Entwicklung widmet.

Prof. Dr. Erhard Fischer

Juni 2021

Einleitung

Mitglieder demokratischer Gesellschaften werden stetig mit politischen Entscheidungen und den zugehörigen gesellschaftlichen und politischen Diskursen konfrontiert. Sei es im Kontext der SARS-CoV-2-Pandemie oder spezifischer in Bezug auf die Ausgestaltung des Schulsystems – Politik ist (lebensweltlich) relevant für alle.

Wenngleich es damit korrespondierend prinzipieller Anspruch demokratisch verfasster Gemeinwesen ist, dass alle Mitglieder der Gesellschaft Wissen und Kompetenzen zum Verstehen des Politischen und der Politik und zur politischen Partizipation erwerben, gilt eine entsprechende politische Bildung als voraussetzungsreich: „Der Bildungsprozess ist sehr schwierig, denn Politik ist durch Komplexität, Problemhaltigkeit, Konflikt und Unsicherheit charakterisiert – im privaten Leben der partikularen Zugehörigkeiten (Familie, Freundschaften, Vereine, Gesellschaften) werden eher andere Lebensmaximen gesucht und gehandelt (Klarheit, eindeutige Loyalitäten, Gemeinschaft, Eigen- und Gruppeninteresse)“ (Reinhardt 2019, 16).

Dahingehende Fragen des didaktisch-methodischen Umgangs mit der relativen Unzugänglichkeit des Politischen und der Politik werden in der Sachunterrichts- und Politikdidaktik breit verhandelt. Fand die Erarbeitung der Didaktik der politischen Bildung historisch zunächst maßgeblich im gymnasialen Kontext statt (vgl. Reinhardt in diesem Band), lassen sich mittlerweile zielgruppengerechte Ansätze „politisch-sozialer“ Bildung schon für Kinder im Kindergartenalter finden (vgl. Kaiser/Lüschen 2014). Die Grundschule berührt ihrerseits als Ort demokratischen Handelns nicht nur mit Klassenrat oder Schülerparlament politische Bildung (vgl. Gläser 2012, 1), sondern versucht diese im Kontext des Sachunterrichts fachlich umzusetzen: „Kinder haben auch konkrete Fragen zu politischen Themen: *Wie wird man Bundeskanzler/in? Wieso dürfen Kinder nicht wählen? Wer macht eigentlich Gesetze?*“ (ebd.; Herv. i. O.).

Quer zu einer Berücksichtigung aller Altersstufen ist zudem eine Hinwendung der politischen Bildung zu Angehörigen sogenannter „bildungsferner Milieus“ zu beobachten. Hier ist es z. B. das Anliegen der *Bundeszentrale für politische Bildung*, Inhalte der politischen Bildung auch niedrigschwellig und leicht verständlich anzubieten (vgl. dazu u. a. Kohl/Calmbach 2012).

Auch Menschen mit sogenannter geistiger Behinderung wurden in den letzten Jahren zunehmend – häufig inter alia im Kontext inklusiver politischer Bildung, teilweise als spezifisch betrachtete Zielgruppe – im Rahmen von normativen Plädoyers, Forschung oder praxisorientierten Konzepten in den Blick genommen (vgl. z.B. Achour 2020a; Achour 2020b; Dönges u.a. 2015; C. Fischer 2020; Hölzel/Jahr 2019; Hölzel/Jugel 2018; Jöhnck 2021a; Jöhnck 2021b; Jöhnck/Lagemann 2021; Klamp-Gretschel 2016; Köhler 2014; Kühlewind 2020; Massing 2015; Meyer/Hilpert 2018; Meyer u.a. 2020; Schiefer u.a. 2011; Studtmann 2016; Terfloth 2005). Die vorliegende Publikation nun nimmt *Lernende mit dem Förderschwerpunkt geistige Entwicklung (FgE)* samt deren individuellen Bedürfnissen und Möglichkeiten politischer Bildung in Förderschulen und inklusiven Settings erstmalig umfassend in einer Weise in den Fokus, dass grundlegende theoretische Überlegungen hierzu, bislang unveröffentlichte, einschlägige empirische Ergebnisse, didaktische Grundlagen und eine hinreichende Anzahl ausführlicher Beispiele praktischer Umsetzung politischer Bildung zusammengebracht werden.

Die Schülerschaft, der ein sonderpädagogischer Unterstützungsbedarf im Bereich der geistigen Entwicklung attestiert wurde, ist von einer überaus großen Heterogenität individueller Lernausgangslagen, Kompetenzen und Unterstützungsbedarfe geprägt, mit Blick auf die die Planung und Gestaltung von adaptiven Bildungssettings und -prozessen wiederkehrend eine ausgeprägte Fachlichkeit verlangen. Wie in anderen Unterrichtsfächern mit Lernenden im FgE auch, ist es daher in Bezug auf *politisch bildenden* Fachunterricht von hoher Bedeutung, neben entsprechenden (inklusive) Fachdidaktiken insbesondere an die (inklusionsorientierte) schulische Sonderpädagogik sowie die (inklusionsorientierte) Didaktik der Fachrichtung anknüpfen zu können (z.B. Fink 2019; E. Fischer 2007; Häußler 2015; Terfloth/Bauersfeld 2019). Diese Disziplinen stellen ein für das Gelingen von Bildungsprozessen im FgE entscheidendes Wissen zur Verfügung.

Im vorliegenden Sammelband werden daher u.a. (inklusive-)sachunterrichts- und (inklusive-)politikfachdidaktische sowie sonderpädagogische und im engeren Sinne fachrichtungsbezogene Expertisen miteinander vernetzt.

In Bezug auf die genannten Disziplinen ist dabei von Herausgeberseite das Motiv leitend, sowohl innerhalb der Didaktik der Fachrichtung die fachliche Perspektive politischer Bildung zu stärken als auch zur Weiterentwicklung einer inklusiven Politikdidaktik beizutragen, welche auch die mithin spezifischen Fragen und Aspekte in Bezug auf Lernende im FgE angemessen differenziert mitzuberücksichtigen weiß (vgl. Ratz u.a. 2020).

Der Band gliedert sich in drei Teile: Theoretische und empirische Grundlagen zu Menschen mit sogenannter geistiger Behinderung im politischen Raum (Teil I), einführende (inklusive-)fachdidaktische sowie nicht zuletzt fachrichtungsbezogene didaktische Grundlagen (Teil II) und ein ausführlicher Teil mit theoriegeleiteten konkreten Beispielen der schulischen und unterrichtlichen Umsetzung (Teil III).

- Als Auftakt von *Teil I* wirft *Simon Baumann* vor dem Hintergrund seiner Forschung zu politischer Partizipation von Menschen mit sogenannter geistiger Behinderung zunächst einen Blick auf den politischen Status Quo dieser Personengruppe sowie auf dessen Hintergründe und leitet praktische Schlussfolgerungen u.a. für die politische Bildung im FgE ab. Im Anschluss setzt sich *Markus Dederich* gezielt mit den (nicht nur) in der Sonderpädagogik wichtigen Begriffen Teilhabe und Selbstbestimmung und deren politischen Implikationen auseinander. Schließlich gewährt *Jan Markus Stegkemper* erste Einblicke in Ergebnisse einer qualitativen, explorativen Untersuchung des politischen Wissens von Werkstufenschülerinnen und -schülern (Sek. II) an der Schule mit dem Förderschwerpunkt geistige Entwicklung, die u.a. darauf hinweisen, dass Lernende mit dem FgE von politischen Bildungsangeboten profitieren können.
- *Teil II* führt in die Grundlagen der Didaktik der politischen Bildung ein. Eine allgemeine Einführung in die Didaktik politischer Bildung bietet *Sibylle Reinhardt* als Vertreterin der Politikdidaktik. Es folgt ein Beitrag von *Johannes Jöhnck*, der – die Didaktik des FgE und die (inklusive) Sachunterrichts- und Politikdidaktik aufeinander beziehend – ausgewählte didaktische Grundsätze einer politischen Bildung im FgE förderortübergreifend in den Mittelpunkt stellt. Sodann richtet *Jan Eike Thorweger* den Blick spezifisch auf Fragen eines inklusiven Politikunterrichts, der insbesondere auch Lernende im FgE einbezieht. Über den Blick auf die bereits vorfindbare inklusive Unterrichtspraxis, die häufig diese Gruppe jedoch noch nicht mitdenkt, werden Perspektiven einer entsprechenden Unterrichtsentwicklung aufgezeigt.
- In *Teil III* des Bandes fokussiert *Holger Schäfer* Schülervertretung und Klassenrat als Medien gelebter Mitwirkung und demokratischer Teilhabe auf Schul- und Klassenebene und beleuchtet deren Umsetzung im FgE, so dass mit diesem Beitrag der (mit politisch bildendem Fachunterricht zu vernetzende und überdies auch inhärent zu verwirklichende) „handlungsorientierte [...] und konkret erfahrbare [...] Zugang des demokratischen Lernens“ (Köhler 2014, 176) im Sinne einschlägiger demokratiepädagogischer Ansätze

ze genügende Berücksichtigung im Band findet. *Simon Baumann* und *Tobias Bernasconi* stellen Überlegungen zur demokratischen und politischen Bildung von Lernenden mit komplexer Behinderung am gemeinsamen Gegenstand an. Sodann folgen Darstellungen verschiedener weiterer didaktischer Konzeptionen für den Unterricht mit Lernenden im FgE. Dabei reicht das Themenspektrum zunächst von (angebahntem) politischem Lernen in der Primarstufe im FgE am Beispiel der drei Notfallorganisationen Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienst (*Luisa Maria Gohlke*) über die Rolle der Medien(bildung) in der politischen Bildung (*Ingo Bosse* und *Anne Haage*) bis hin zu einem Beispiel der Verschränkung politischer Bildung mit Bildung für nachhaltige Entwicklung (*Ilona Westphal* und *Felix Olejnick*). Weiterhin stellen *Dorothee Meyer*, *Theresa Helling* und *Sandra Fischer* den Gesichtspunkt der Heterogenität von Lerngruppen in den Mittelpunkt und gehen beispielhaft auf differenzierte Medien zu den UN-Nachhaltigkeitszielen ein, ehe *Katharina Studtmann* und *Urte Gladigau* ihrerseits differenzierte Einblicke in ein interdisziplinäres Projekt zu mikroplastikfreier Kosmetik als Form inklusiver politischer Bildung geben. In der Folge stellt *Tobias Böttcher* sein Planspiel zum Thema „Wahlen“ vor. Darüber hinaus reflektiert *Christian Fischer* die Umsetzung inklusiver politischer Bildung unter Beteiligung eines Lernenden im FgE am Beispiel einer Unterrichtsreihe zum Thema „Antisemitismus“, während *Sebastian Barsch* mit einer exemplarischen Ausarbeitung inklusiven historisch-politischen Lernens zum Thema „Geteiltes Deutschland“ den Schlusspunkt setzt.

Der vorliegende Band stellt einen weiteren Baustein dar in den Bemühungen zur theoriebasierten und praxisbezogenen Stärkung politischer Bildung im FgE über alle Förderorte hinweg. Sämtliche Beiträge bewegen sich dabei in jenem Zielhorizont, wie ihn Gloe und Oeftering (2020) für die Didaktik einer inklusiven politischen Bildung umreißen: *Allen Menschen bestmöglich „Wege aufzuzeigen, wie sie ihre Rolle als Bürgerinnen und Bürger wahrnehmen können, und sie zu ermutigen und zu befähigen, sich auch tatsächlich in der öffentlichen Sphäre zu exponieren und dort mit anderen Menschen gemeinsam sprechend und handelnd tätig zu werden“* (ebd., 91).

Literatur

Achour, Sabine (2020a): Inklusion. In: Dies./Busch, Matthias/Massing, Peter/Meyer-Heidemann, Christian (Hg.): Wörterbuch Politikunterricht. Frankfurt/M., S. 118–120.

- Achour, Sabine (2020b): Integration. In: Dies./Busch, Matthias/Massing, Peter/Meyer-Heidemann, Christian (Hg.): Wörterbuch Politikunterricht. Frankfurt/M., S. 121 – 123.
- Dönges, Christoph/Hilpert, Wolfram/Zurstrassen, Bettina (Hg.) (2015): Didaktik der inklusiven politischen Bildung. Bonn.
- Fink, Oliver (2019): Rund um den Förderschwerpunkt GEISTIGE ENTWICKLUNG. Hintergrundinformationen – Fallbeispiele – Strategien. Mühlheim a. d. R.
- Fischer, Christian (2020): Inklusion im Politikunterricht. Ein fallbezogener Denkanstoß. Frankfurt/M.
- Fischer, Erhard (2007): Bildung im Förderschwerpunkt geistige Entwicklung. Bad Heilbrunn.
- Gläser, Eva (2012): Editorial. In: Grundschule Sachunterricht, 3/2012, S. 1.
- Gloe, Markus/Oeftering, Tonio (2020): Didaktik der politischen Bildung. Ein Überblick über Ziele und Grundlagen inklusiver politischer Bildung. In: Meyer, Dorothee/Hilpert, Wolfram/Lindmeier, Bettina (Hg.): Grundlagen und Praxis inklusiver politischer Bildung. Bonn, S. 87 – 132.
- Häußler, Michael (2015): Unterrichtsgestaltung im Förderschwerpunkt geistige Entwicklung. Stuttgart.
- Hölzel, Tina/Jahr, David (Hg.) (2019): Konturen einer inklusiven politischen Bildung: Konzeptionelle und empirische Zugänge. Wiesbaden.
- Hölzel, Tina/Jugel, David (2017): Inklusion in der Praxis verwirklichen – Eine Betrachtung aus Sicht der politischen Bildung. In: Bock, Bettina M./Fix, Ulla/Lange, Daisy (Hg.): „Leichte Sprache“ im Spiegel theoretischen und angewandter Forschung. Berlin, S. 477 – 483.
- Jöhnck, Johannes (2021a): Alkoholprävention – Jugendschutzgesetz – politische Bildung. Auf dem Weg zu einer politikdidaktischen Orientierung im sonderpädagogischen Schwerpunkt Geistige Entwicklung. In: Zeitschrift für Heilpädagogik, 4/2021, S. 201 – 210.
- Jöhnck, Johannes (2021b): Was WÜRDEst du tun? Soziales und politisches Lernen zu einer zentralen Maxime der Demokratie. Online: <https://m.bpb.de/lernen/projekte/inklusiv-politisch-bilden/340265/was-wuerdest-du-tun?rl=0.22046849495888066> (Zugriff: 25.9.2021]
- Jöhnck, Johannes/Lagemann, Birgit (2021): Von Geschlechterrollen und Gleichberechtigung. Geschlechtersensible Perspektiven im historischen und politischen (Sach-)Unterricht im Förderschwerpunkt geistige Entwicklung. In: Sonderpädagogische Förderung heute, 1/2021, S. 56 – 68.
- Kaiser, Astrid/Lüschen, Iris (2014): Das Miteinander lernen. Frühe politisch-soziale Bildungsprozesse. Baltmannsweiler.
- Klump-Gretschel, Karoline (2016). Politische Teilhabe von Frauen mit geistiger Behinderung. Bedeutung und Perspektiven der Partizipation. Opladen.
- Kohl, Wiebke/Calmbach, Marc (2012): Unsichtbares Politikprogramm? Lebenswelten und politisches Interesse von „bildungsfernen“ Jugendlichen. In: Widmaier, Benedikt/Nonnenbacher,

- Frank (Hg.): Unter erschwerten Bedingungen. Politische Bildung mit bildungsfernen Zielgruppen. Schwalbach/Ts., S. 17–26.
- Köhler, Jan Markus (2014): Teilhabe ernst nehmen. Politische Bildung für Menschen mit geistiger Behinderung. In: Zeitschrift für Heilpädagogik, 5/2014, S. 173–180.
- Kühlewind, Rainer (2020): Wie geht Demokratie? Unterrichtshinweise und Arbeitsmaterialien für die sonderpädagogische Förderung. Hamburg.
- Massing, Peter (2015): Kompetenzorientierung im inklusiven Politikunterricht. In: Riegert, Judith/Musenber, Oliver (Hg.): Inklusiver Fachunterricht in der Sekundarstufe. Stuttgart, S. 225–238.
- Meyer, Dorothee/Hilpert, Wolfram (2018): Politik, einfach für alle. Grundlagen und Weiterentwicklungen der bpb-Reihe ‚einfach POLITIK‘. In: Sonderpädagogische Förderung heute, 4/2018, S. 346–357.
- Meyer, Dorothee/Hilpert, Wolfram/Lindmeier, Bettina (Hg.) (2020): Grundlagen und Praxis inklusiver politischer Bildung. Bonn.
- Ratz, Christoph/Stegkemper, Jan Markus/Ullrich, Manuel (2020): Didaktik der inklusiven Schulbildung. In: Meyer, Dorothee/Hilpert, Wolfram/Lindmeier, Bettina (Hg.): Grundlagen und Praxis inklusiver politischer Bildung. Bonn, S. 133–149.
- Reinhardt, Sibylle (2019): Politik Didaktik. Handbuch für die Sekundarstufe I und II. Berlin.
- Schiefer, Frank/Schlummer, Werner/Schütte, Ute (2011): Politische Bildung für alle?! – Anbahnung von Politik- und Demokratie-Kompetenz bei Schülern mit dem Förderschwerpunkt geistige Entwicklung. In: Ratz, Christoph (Hg.): Unterricht im Förderschwerpunkt geistige Entwicklung. Fachorientierung und Inklusion als didaktische Herausforderungen. Oberhausen, S. 241–261.
- Studtmann, Katharina (2016). Inklusion und Urteilsbildung im Politikunterricht. Eine exemplarische Unterrichtssequenz zum Thema „Hassparolen im Internet“. In: Massing, Peter/Achour, Sabine (Hg.): Politikunterricht. Wochenschau, Sek. I+II, Sonderausgabe. Schwalbach/Ts., S. 18–27.
- Terfloth, Karin (2005): Inklusion und Partizipation – Politische Erwachsenenbildung im kommunalen Raum. In: Erwachsenenbildung und Behinderung, 1/2005, S. 19–27.
- Terfloth, Karin/Bauersfeld, Sören (2019): Schüler mit geistiger Behinderung unterrichten. Didaktik für Förder- und Regelschule. München.

Menschen mit sogenannter geistiger Behinderung im politischen Kontext

Menschen mit sogenannter geistiger Behinderung im politischen Raum – Status Quo, Hintergründe, Schlussfolgerungen

Allgemein wird angenommen, dass Menschen mit sog. geistiger Behinderung nur in sehr geringem Maße politisch aktiv sind. Dies allein wäre noch kein Problem: Der von Alltagsvorstellungen ausgehenden – und häufig in heil- und sonderpädagogisch orientierter Beschäftigung mit politischer Partizipation im- oder explizit vertretenen – Annahme, Qualität und Zustand einer Demokratie stünden im Zusammenhang mit einer breiten, umfassenden politischen Beteiligung aller Bürger_innen, kann nicht per se zugestimmt werden. Je nach demokratietheoretischem Standpunkt nimmt politische Partizipation – über Wahlen als Mittel der Machtzuweisung und Herrschaftslegitimation hinaus – eine unterschiedliche Rolle ein. Sog. Input-orientierte Demokratietheorien betrachten Demokratien vom Input, also den „eingehenden Willensäußerungen und artikulierten Interessen“ (Scharpf 1975, 25) her. Ein hohes Maß an Partizipation ist in dieser im Alltag verbreiteten Sichtweise Zweck der Demokratie und Ausdruck ihrer Legitimation. Dem gegenüber stehen sog. Output-orientierte Demokratietheorien, die vor allem die durch den politischen Prozess erbrachten Leistungen (Output) in den Fokus nehmen und Demokratien aus dieser Perspektive beurteilen. Ein hohes Maß politischer Partizipation ist hier ein Krisensymptom, wenn das System die Leistungen nicht befriedigend erbringt (vgl. Scharpf 1975; Schmidt 2010, 166, 360, 568; Steinbrecher 2009, 30 ff.). Beide Ansätze können nicht ohne weiteres gegeneinander ausgespielt werden, da guter Output nicht aus sich heraus legitimiert sein kann, aber umfassender Input auch nicht per se zu guten Entscheidungen führt (vgl. Decker u.a. 2013, 10 ff.). Beiden Sichtweisen gemein ist jedoch die Notwendigkeit, dass alle Bürger_innen die *Möglichkeit* zur Partizipation haben, so dass von Seiten des politischen Systems gesichert ist, dass alle Bürger_innen selbstbestimmt einen gewünschten Grad politischer (In)Aktivität wählen können.

Ähnlich ist es auf Seiten des Individuums: Hier geht es unter anderem um die durch politische Bildung ermöglichten Fähigkeiten politischer Aktivität. Der „politisch interessierte, informierte und engagierte Aktivbürger“ (Reinhardt

2019, 17) ist zwar ihr Ideal. Es stellt aber nicht „die Realität des politischen Geschehens“ dar und darf „den Bürgern [nicht] verpflichtend auferlegt werden“ (ebd.). Als Gegensatz beschreibt Reinhardt den für die Demokratie potentiell riskanten desinteressierten und politisch passiven Bürger (vgl. ebd.). Im positiven Fall ist dieser Typ nur sehr gering in der Gesellschaft vertreten und es sind neben dem erwähnten Aktivbürger vor allem zwei weitere durch Reinhardt (vgl. ebd.) beschriebene Typen zu finden: Zum einen die interventionsfähigen, d.h. nicht dauerhaft, aber situationsbedingt partizipierenden Bürger und zum anderen die reflektierten Zuschauer: Sie „werden selten außerhalb von Wahlen und Abstimmungen aktiv, interessieren sich aber für Politik, durchschauen Zusammenhänge und bilden sich ein eigenes Urteil“ (ebd.). Allen Typen gemein ist, dass sie die *Fähigkeit* zur Partizipation in Wahlen und ggf. darüber hinaus haben – und diese Fähigkeit selbstbestimmt (nicht) wahrnehmen.

Solange das politische System allen Bürger_innen die o.g. gleichen Möglichkeiten zur Partizipation gibt und allen Bürger_innen die o.g. Fähigkeiten zur Aktivität zuteil sind, ist das selbstbestimmte Einfinden in eine Bürgerrolle möglich – und dann ist eine selbstbestimmt gewählte, geringe politische Aktivität nicht per se bedenklich. Wenn aber aufgrund ungleicher Möglichkeiten (auf Systemseite) und/oder mangelnder Fähigkeiten (auf Individuumsseite) die freie Bürgerrollenwahl behindert oder gar die Einnahme bestimmter Rollen in gewissen Situationen verhindert wird, dann träte mit dieser geringen politischen Aktivität – a fortiori, wenn sie wie in diesem Fall eine ganze Personengruppe betrifft – eine marginalisierende problematische Unterrepräsentanz zu Tage; gegen die, durch Schlussfolgerungen aus dieser Situation, angegangen werden muss.

Sollten Menschen mit sog. geistiger Behinderung also nicht nur vereinzelt und nicht selbstbestimmt politisch inaktiv sein, sondern im politischen Raum im Vergleich zur Gesamtbevölkerung strukturell unterrepräsentiert sein, so wäre dies ein Hinweis darauf, dass (systemische) Möglichkeiten und (individuelle) Fähigkeiten zur politischen Aktivität ungleich verteilt sind. Zur Klärung dieses Sachverhaltes werden im Folgenden aus der Perspektive der Forschung zu politischer Partizipation von Menschen mit sog. geistiger Behinderung ein Blick auf den politischen Status Quo dieser Personengruppe sowie auf dessen Hintergründe und Erklärungen für diese Situation geworfen und Schlussfolgerungen abgeleitet.

1. Zum Status Quo: Politische Aktivität von Menschen mit sog. geistiger Behinderung

Zur Annäherung an diesen Status Quo werden zwei Aspekte betrachtet: (1) In welchem Ausmaß und (2) in welchen Kontexten sind Menschen mit sog. geistiger Behinderung tatsächlich im politischen Raum aktiv?

1.1 Ausmaß politischer Aktivität

Inwieweit Menschen mit sog. geistiger Behinderung politische Ämter oder Funktionen inne haben ist empirisch wenig messbar – allein, weil diese Fälle so selten vorkommen. Es gibt durchaus politische Aktivist*innen mit sog. geistiger Behinderung, auch ein Parteiortsverbandvorstandsmitglied mit sog. geistiger Behinderung ist dem Autor bekannt. Es sind aber eher die Regel bestätigende Ausnahmen, was auch an der medialen Rezeption entsprechender Fälle ersichtlich ist.

Ergiebiger zur Frage der politischen Aktivität wären Daten zur politischen Partizipation. Jedoch muss konstatiert werden, dass „zur Situation von Menschen mit Lernschwierigkeiten [...] keine empirisch fundierten Aussagen getroffen werden“ können (Nieß 2016, 113) und auch für Deutschland gilt, dass „the under-representation of adults with learning disabilities is more often asserted than empirically tested“ (Redley 2008, 376).

Die aktuelle, schmale Datenlage bezieht sich fast gänzlich auf das Wählen und unterliegt jeweils die Zuverlässigkeit begrenzenden Einschränkungen.

- Bei Barsch (2009) gaben 76,24% von 282 zu ihren Wertvorstellungen befragten Personen mit sog. geistiger Behinderung an, an einer Wahl teilgenommen zu haben. Die Fragestellung ermöglichte allerdings den Einschluss nicht-politischer Wahlen, z.B. zum Werkstatttratt, was nach Interviewverfahren des Autors mitbedacht werden muss.
- Von 168 durch Mühlig in Lang u.a. (2016, 97f.) befragte Personen mit rechtlicher Betreuung in allen Angelegenheiten gaben 68% an, bereits an einer politischen Wahl teilgenommen zu haben. Die Stichprobe enthielt aber zwangsläufig auch Menschen ohne sog. geistige Behinderung und umfasste bei jenen mit sog. geistiger Behinderung nur eine spezielle Teilgruppe.
- Bei einer qualitativen Befragung von Menschen mit sog. geistiger Behinderung zu ihrer politischen Partizipation (vgl. Baumann 2022) ergaben sich hinsichtlich Wahlen und Demonstrationen recht ähnliche Nutzungsraten zu jenen der Allgemeinbevölkerung, Petitionen wurden weitaus seltener genutzt. Die Verallgemeinerung ist aufgrund von Stichprobenverzerrungen jedoch nur bedingt möglich.

- In den USA (Hall/Alvarez 2012; Miller/Powell 2016, 42 ff.; Schur/Adya 2013), in Großbritannien (Emerson/Hatton 2008, 13; Inclusion Europe 2011, 5; Keeley u.a. 2008) und Schweden (Kjellberg 2002, 188) sind Menschen mit sog. geistiger Behinderung bei Wahlen unterrepräsentiert. Aufgrund abweichender politischer Strukturen und Unterstützungssysteme in diesen Ländern sind die Ergebnisse nur bedingt übertragbar.

Der Bedarf nach aussagekräftigen Daten ist offenkundig. Bis zu ihrem Vorliegen stützt eine Verknüpfung empirischer Daten zur Personengruppe mit dem politologischen Civic Voluntarism Model (CVM) die Unterrepräsentanz-These in Hinblick auf politische Partizipation im Allgemeinen ohne Erkenntnisse zu konkreten Partizipationsformen.

Das auf empirischer Basis entwickelte CVM (Verba u.a. 1995) ist ein zentrales Modell in der politologischen Partizipationsforschung. Es beschreibt Korrelationen zwischen Ressourcen (*Resources*), politischen Motiven (*Engagement*) sowie Mobilisierung (*Recruitment*) und dem individuellen Ausmaß politischer Partizipation.

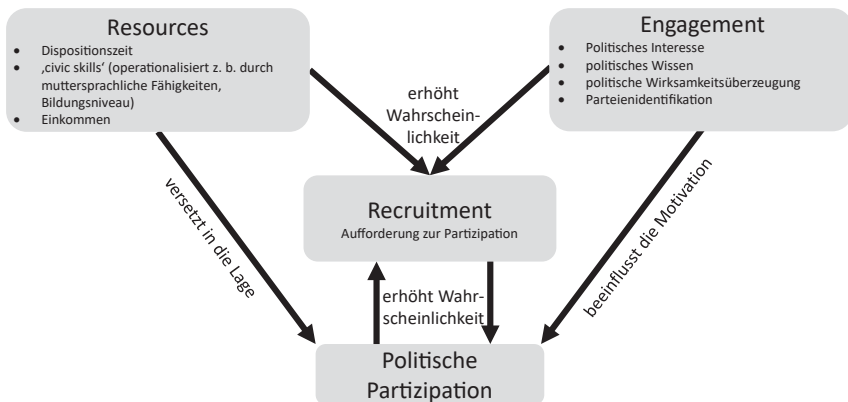


Abb. 1: Vereinfachte Darstellung des CVM (vgl. Verba u. a. 1995)

Werden die im CVM genutzten Faktoren in Hinblick auf die Lebensbedingungen von Menschen mit sog. geistiger Behinderung geprüft (Tabelle 1), so wird die Annahme des sehr geringen Partizipationsausmaßes gestärkt.

Resources		Erkenntnisse zu Menschen mit sog. geistiger Behinderung	Bedingt unterstützende Daten
	Zeit	in Wohneinrichtungen häufig fremdbestimmter Terminplan, freie Zeit wird häufig mangels Unterstützung als ungestalteter Leerraum verbracht (Trescher 2015; 2016a)	Lebensbedingungen von Menschen mit Behinderung führen zu geringer Dispositionszeit (Markowetz 2000, 20)
	„Civic Skills“	Sprachliche Kompetenzen häufig eingeschränkt (Dönges u.a. 2018, 179 f.); Bildungsgang geistige Entwicklung statistisch gesehen niedrigstmögliches Bildungsniveau	
	Einkommen	i. d. R. Beschäftigte der WfbM (vgl. Deutscher Bundestag 2005, 10; Fischer/Heger 2011, 54); Durchschnittsverdienst in der WfbM zwischen 2013 und 2016 schwankend um 180 € (BAG WfbM 2017)	
Engagement			
	Politisches Interesse	aufgrund geringen Einkommens- und Bildungsniveaus zu erwarten (vgl. Deutscher Bundestag 2013, 268; Engels 2011, 13, 36 & 27)	geringeres Interesse bei Menschen mit Behinderungen (Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2013, 242 ff.)
	Pol. Wirksamkeitsüberzeugung	geringes Bildungsniveau korreliert mit geringer Überzeugung (Verba u.a. 1995, 305)	Menschen mit Behinderung weisen den USA geringere Überzeugung auf (Schur u.a. 2013)
	Politische Kenntnisse	korreliert mit dem Bildungsniveau (Verba u.a. 1995, 304); es werden geringe bis fehlende Angebote politischer Bildung im Bildungsgang geistige Entwicklung angenommen (Ratz u.a. 2020, 140; zu Lehrplänen siehe Jöhnck in diesem Band)	
	Parteienidentifikation	[Keine empirischen Daten oder Herleitungen]	
	Recruitment	bleiben in ihrer Freizeit eher unter sich (Trescher 2016b); Recruitment-Wahrscheinlichkeit sinkt mit Bildungsniveau und Einkommen (Verba u.a. 1995, 376)	Behinderung als Stigma führt „zu Kontaktverlust, zu Isolation und Ausgliederung“ (Cloerkes 2007, 171)

Tabelle 1: Daten zur Ausprägung der Faktoren des Civic Voluntarism Model (Verba u. a. 1995) in der Forschung zu Menschen mit sog. geistiger Behinderung

„Why, we asked, do those who are inactive not take part in politics? We proposed three possible reasons: they can't, they don't want to, or nobody asks“ (ebd., 390) – und dies trifft mutmaßlich auch auf Menschen mit sogenannter geistiger Behinderung zu.

1.2 Zum Ort und zur Art politischer Aktivität

Forschung und Praxis konzentrieren sich auf politische Partizipation von Menschen mit sog. geistiger Behinderung über behinderungsspezifische Spezialformen: Es liegt ein Schwerpunkt auf kommunalen Behindertenbeiräten, verbunden mit den Risiken, diese Personengruppe in politisch zahnlose, themenbeschränkte, stigmatisierende und neue Barrieren schaffende Sonderräume zu drängen (vgl. Baumann 2021). Daneben ist häufig zu beobachten, dass Möglichkeiten der lebensweltlichen Partizipation (z.B. Werkstatt- oder Wohnheimräte), Schüler_innenmitbestimmung (zu entsprechendem demokratischem Lernen siehe Schäfer in diesem Band) sowie Selbsthilfegruppen per se als politische Partizipation tituliert werden (vgl. ebd.). Wenn politische Partizipation politologischen Grundlagen entsprechend verstanden wird als „jene Verhaltensweisen von Bürger/innen, die als Gruppe oder allein freiwillig Einfluss auf politische Entscheidungen auf verschiedenen Ebenen des politischen Systems [...] ausüben wollen“ (Woyke 2021, 749), so kann Partizipation“, die sich auf Aspekte der jeweiligen Lebenswelt bezieht, nicht als *politische* Partizipation verstanden werden. Neben dem Aspekt, dass (vermeintlich) politische Teilhabe hier ebenfalls auf Sonderräume konzentriert wird, ist zu befürchten, dass die politische Marginalisierung der Personengruppe durch diese Fehlzuordnung verstärkt wird. Vermeintliche Bestrebungen der unmittelbaren Förderung *politischer* Teilhabe können ihr Ziel nicht erreichen und es droht die Schaffung eines scheinbar politischen Teilhabe-Raums abseits des tatsächlich politischen Raums und somit eine Verstärkung politischer Exklusion.

2. Hintergründe zum Status Quo

Es lässt sich trotz nicht eindeutiger und fehlender Daten annehmen, dass Menschen mit sog. geistiger Behinderung im politischen Raum unterrepräsentiert sind; falls sie politisch aktiv werden, geschieht dies mutmaßlich häufig in politischen oder gar nur vermeintlich politischen Sonderräumen bzw. ihre politische Aktivität droht dort kanalisiert zu werden.

Als Grund (und häufig auch als Argument für die Annahme) dieser Unterrepräsentation werden i.d.R. Barrieren beschrieben. Bisherige theoretische Überlegungen (z.B. Rüstow 2015; Dönges u.a. 2018) oder Forschungsergebnisse (vgl. Trescher 2018a; 2018b) zu Barrieren politischer Partizipation verweisen auf die Komplexität des politischen Geschehens und seiner (medialen) sprachlichen Vermittlung, geringes/fehlendes politisches Wissen oder Einschränkungen durch institutionalisiertes Wohnen. Im Kontext möglicher Barrieren ist es wich-

tig, dass „Behinderung nicht als isoliertes Differenzierungsmerkmal in Bezug auf Partizipation gelten kann, sondern [auch] andere Variablen als Erklärungsfaktoren für sich unterscheidende Beteiligungsraten berücksichtigt werden müssen“ (Nieß 2016, 113). Deshalb sollten weitere Kriterien wie z.B. ökonomische, soziale und kulturelle Ressourcen oder subjektive Einstellungen und Motive berücksichtigt werden (vgl. ebd.) – wozu das CVM dahingehend Hinweise gibt, dass z.B. Konversationskompetenzen als Teil der *civic skills* oder – im Kontext des *Recruitments* – kommunale Inklusion und auch Kompetenzen in der Nutzung des Internets bzw. sog. sozialer Netzwerke berücksichtigt werden sollten (bzgl. Medien in der politischen Bildung siehe Bosse/Haage in diesem Band). In einer qualitativen Befragung (vgl. Baumann 2022) wurde fehlendes politisches Wissen als häufigste Barriere politischer Partizipation deutlich; dem gegenüber gehörten u. a. der bestehende bzw. gelungene Zugang zum politischen Raum und die subjektive Bedeutsamkeit politischer Themen oder von Politik allgemein zu den häufigsten Gelingensbedingungen politischer Partizipation.

Als eine weitere wichtige Barriere kommt die Nichtbetrachtung als politisches Wesen in Betracht: Personen(gruppen) können tendenziell weniger als (potentiell) aktive Bürger_innen mit Relevanz für den politischen Raum betrachtet werden, wenn sie wenig partizipieren, ihnen keine politische Bildung zuteilwird, sie in Sonderräumen oder gar in nicht-politischen Räumen partizipieren, ihr politischer Aktivismus eine außergewöhnliche Nachricht ist, ... Und dies kann wiederum zu weniger politischer Bildung, zu weniger Offenheit des politischen Raums für sie und ihre Anliegen führen und ihr Selbstbild prägen.

Gründe für die Unterrepräsentanz oder Verortung in (vermeintlich) politischen Sonderräumen liegen also, anknüpfend an die oben genannten Fähigkeiten und Möglichkeiten, im Feld der Individuen und zugleich im Feld des politischen Raums, wobei beides häufig aufeinander bezogen ist und nicht sämtliche dieser Barrieren aufgelöst werden können.

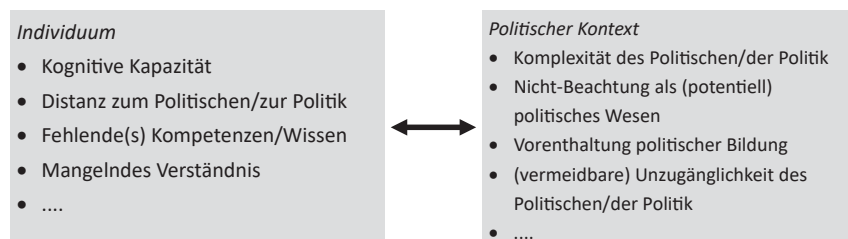


Abb. 2: Barrieren politischer Partizipation als Wechselwirkung individueller Eigenschaften und politischer Kontextfaktoren

Dem folgend lässt sich in Anlehnung an das biopsychosoziale Modell der ICF die aktuelle mutmaßliche Unterrepräsentanz im politischen Raum als behindernde Situation eingeschränkter politischer Teilhabe beschreiben, die sich aus Wechselwirkungen (fehlender) individueller Eigenschaften, Charakteristika der Lebenswelt sowie politischer Kontextfaktoren ergibt. Jede Situation ist in diesem Spannungsfeld angesiedelt und muss von beiden Seiten betrachtet werden.

3. Schlussfolgerungen

Menschen mit sog. geistiger Behinderung sind wahrscheinlich selten politisch aktiv. Infolge von auf Seiten des Individuums und zugleich des politischen Raums zu verortenden Barrieren kann somit eine behindernde Situation eingeschränkter politischer Teilhabe festgestellt werden. Was folgt nun daraus?

Allen voran geht es offensichtlich um die Vermittlung und Aneignung von Wissen und Kompetenzen zur Etablierung, Festigung und Vergrößerung der Fähigkeiten für politische Teilhabe. Dies ist ein lebenslanger Prozess, der z.B. durch Angebote der Erwachsenenbildung für Menschen mit sog. geistiger Behinderung hin und wieder verwirklicht wird, aber natürlich so früh wie möglich durch schulische politische Bildung angestoßen und begleitet werden sollte (vgl. Gloe/Oeftering 2020, 91). Für politische Teilhabe ist es – dem CVM folgend – nötig, partizipieren zu können und zu wollen: Durch kontinuierliche und frühzeitige Vermittlung und Aneignung politischen Wissens, durch Wecken politischen Interesses sowie Förderung und Erwerb notwendiger Kompetenzen können Menschen mit sog. geistiger Behinderung zur selbstbestimmten Nutzung politischer Partizipationsformen in die Lage versetzt werden. Aber wie dargestellt sind nicht nur Fähigkeiten auf Seiten des Individuums zu berücksichtigen, sondern auch Teilhabebarrrieren auf Seiten des politischen Systems. Eine Minimierung oder Kompensation dieser gelingt u.a. durch Einflussnahme auf das politische System und die dort Tätigen, z.B. durch Lobbygruppen und Interessenverbände – aber insbesondere auch durch hierfür kompetente Menschen mit sog. geistiger Behinderung selbst, die als Experten in eigener Sache tätig werden können.

Sowohl für die erfolgreiche Vermittlung und Förderung politischen Wissens (vgl. hierzu Stegkemper in diesem Band) und dahingehender Kompetenzen als auch für die bestmögliche Vermeidung von Teilhabebarrrieren auf Seiten des politischen Raums bedarf es mehr und breiterer Forschung.

Behinderungsspezifische Gremien wie Behindertenbeiräte können wertvolle Instrumente für politische Aktivität und Repräsentanz sowie eine Barrieren

ändernde Einflussnahme sein, da sie spezifisch Interessen und Bedürfnisse von Menschen mit (sog. geistiger) Behinderung in den politischen Raum einbringen und ihnen Gehör verschaffen können. Dies sollte aber nur einer von vielen Bausteinen möglicher politischer Aktivität sein.

Analog zu § 8 UN-BRK, der die Förderung des Bewusstseins u.a. für die Fähigkeiten von Menschen mit Behinderungen sowie die Bekämpfung von Klischees und Vorurteilen einfordert, ist sicherzustellen, dass auch Menschen mit sog. geistiger Behinderung als (potentiell) politische Wesen betrachtet werden (können).

Dies geschieht auch über Aktivität und Repräsentanz im politischen Raum. Zur Vermeidung einer Bewusstseinsbildung hinsichtlich ‚besonderer‘ politischer Wesen bedarf es also auf allgemeine politische Teilhabe ausgerichteter Aktivität und Repräsentanz – und ebenso darauf ausgerichtete Förderung von Wissen und Kompetenz.

Literatur

- Baumann, Simon (2021): Behinderungsspezifische Formen politischer Partizipation als Barriere politischer Teilhabe. In: Teilhabe, 4/2021, S. 142 – 147.
- Baumann, Simon (2022; i.E.): Allgemeine politische Partizipation von Menschen mit sog. geistiger Behinderung – Barrieren, förderliche Bedingungen, Anerkennung. Ein Promotionsprojekt. In: Fränkel, Silvia/Grünke, Matthias/Henneman, Thomas/Hövel, Dennis C./Melzer, Conny/Ziemen, Kerstin (Hg.): Teilhabe in allen Lebensbereichen? Ein Blick zurück und nach vorn. Bad Heilbrunn: Klinkhardt (Beitrag angenommen).
- BAG WfbM (2017). Durchschnittliche monatliche Arbeitsentgelte 2013–2016. Online: <https://www.bagwfbm.de/file/1121> (Zugriff: 17.11.2020).
- Barsch, Sebastian (2009): Kulturelle und politische Wertvorstellungen von Menschen mit geistiger Behinderung in Ost- und Westdeutschland. Online: http://www.avbstiftung.de/fileadmin/projekte/LP_AvB_Barsch__Sebastian_01.pdf (Zugriff: 27.11.2020).
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2013): Teilhabebericht der Bundesregierung über die Lebenslagen von Menschen mit Beeinträchtigungen. Teilhabe – Beeinträchtigung – Behinderung. Bonn.
- Cloerkes, Günther (2007): Soziologie der Behinderten. Eine Einführung. Heidelberg.
- Decker, Frank/Lewandowsky, Marcel/Solar, Marcel (2013): Demokratie ohne Wähler? Neue Herausforderungen der politischen Partizipation. Bonn.
- Deutscher Bundestag (2005): Unterrichtung durch die Bundesregierung. Bericht der Bundesregierung über die Situation behinderter und schwerstbehinderter Frauen und Männer auf dem Ausbildungsmarkt. Drucksache 15/5922.

- Deutscher Bundestag (2013): Unterrichtung durch die Bundesregierung. Lebenslagen in Deutschland – Vierter Armuts- und Reichtumsbericht. Drucksache 17/12650.
- Dönges, Christoph/Stegkemper, Jan Markus/Wagner, Michael (2018): Sprache als eine Barriere politischer Partizipation von Menschen mit geistiger Behinderung. In: Bock, Bettina M./Dreesen, Philipp (Hg.): Sprache und Partizipation in Geschichte und Gegenwart. Bremen, S. 177–192.
- Emerson, Eric/Hatton, Chris (2008): People with Learning Disabilities in England. Lancaster.
- Engels, Dietrich (2011): Gesellschaftliche Partizipation und Armutsrisiko im Lebensverlauf. Beitrag zum 4. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Köln (Unveröffentlicht).
- Fischer, Eberhard/Heger, Manuela (2011): Berufliche Teilhabe und Integration von Menschen mit geistiger Behinderung. Abschlussbericht der wissenschaftlichen Begleitung zum Projekt „Übergang Förderschule-Beruf“ in Bayern. Oberhausen.
- Gloe, Markus/Oeftering, Tonio (2020): Didaktik der politischen Bildung. Ein Überblick über Ziele und Grundlagen inklusiver politischer Bildung. In: Meyer, Dorothee/Hilpert, Wolfram/Lindmeier, Bettina (Hg.): Grundlagen und Praxis inklusiver politischer Bildung. Bonn, S. 87–132.
- Hall, Thad E./Alvarez, R. Michael (2012): Defining the Barriers to Political Participation for Individuals with Disabilities. Online: <http://elections.itif.org/reports/AVTI-001-Hall-Alvarez-2012.pdf> (Zugriff: 9.6.2021).
- Inclusion Europe (2011): Empfehlungen zu zugänglicheren Wahlen in Europa. Online: http://inclusion-europe.org/images/stories/documents/Project_ADAP/Policy_Recommendations_DE.pdf (Zugriff: 8.3.2015).
- Keeley, H./Redley, M./Holland, A. J./Clare, I. C. H. (2008): Participation in the 2005 general election by adults with intellectual disabilities. In: Journal of Intellectual Disability Research, 3/2008, S. 175–181.
- Kjellberg, Annette (2002): Being a Citizen. In: Disability & Society, 2/2002, S. 187–203.
- Lang, Heinrich/Kampmeier, Anke/Schmalenbach, Kirsten/Strohmeier, Gerd/Mühlig, Stephan (2016): Studie zum aktiven und passiven Wahlrecht von Menschen mit Behinderungen. BMAS Forschungsbericht. Abschlussbericht. Berlin
- Markowetz, Reinhard (2000): Freizeit von Menschen mit Behinderungen. In: ders./Cloerkes, Günther (Hg.): Freizeit im Leben behinderter Menschen. Theoretische Grundlagen und sozialintegrative Praxis. Heidelberg, S. 9–38.
- Miller, Peter/Powell, Sierra (2016): Overcoming Voting Obstacles: The Use of Convenience Voting by Voters With Disabilities. In: American Politics Research, 1/2016, S. 28–55.
- Nieß, Meike (2016): Partizipation aus Subjektperspektive. Zur Bedeutung von Interessenvertretungen für Menschen mit Lernschwierigkeiten. Wiesbaden.
- Ratz, Christoph/Stegkemper, Jan Markus/Ullrich, Manuel (2020): Didaktik der inklusiven Schulbildung. In: Meyer, Dorothee/Hilper, Wolfram/Lindmeier, Bettina (Hg.): Grundlagen und Praxis inklusiver politischer Bildung. Bonn, S. 133–149.